

Giebelkreuzweg

Die Raiffeisen Bank International will Karl Sevelda zum neuen Bankboss küren. Das Geldhaus bereitet sich für einen strategischen Investor vor.

Prickelnd waren die Treffen nie. Auf Hauptversammlungen der börsennotierten Raiffeisen Bank International AG (RBI) standen Zahlen und Fakten stets im Vordergrund. Der bullige Bankboss Herbert Stepic hatte die seit dem Börsengang 2005 stattfindenden Aktionärstreffen im Wiener Austria Center stets im Griff. Aufregung und Turbulenzen waren daher selten. Selbst als es um die Staatshilfe oder um die Fusion mit der Muttergesellschaft RZB ging, verlief die Hauptversammlung ruhig.

Diese Zeiten sind erst einmal vorbei. Seit einer Woche befindet sich RBI im Ausnahmezustand. Der durch mediale Enthüllungen ausgelöste Rücktritt von Herbert Stepic führte zu einem Erdbeben im Raiffeisen-Reich. Auf der Hauptversammlung am 26. Juni wird wohl ein Nachbeben spürbar sein. Denn heikle Themen stehen auf der Tagesordnung. Wie etwa eine Beschlussfassung, die den Einstieg strategischer Investoren künftig ermöglichen soll. Diskussionen über Managerboni, faule Firmenkredite und Problemländer sind programmiert.

Diese Herkulesaufgabe soll künftig ein verdienter Mann stemmen: Karl Sevelda. Dem 63-jährigen Firmenkunden-Vorstand wurde laut FORMAT-Informationen der RBI-Chefsessel angeboten. Eine Einigung mit ihm soll die aktuelle Personaldiskussion rasch beenden. Das Angebot kommt vom RBI-Personalausschuss, dem die RZB-Vorstände Walter Rothensteiner und Johannes Schuster sowie die Raiffeisen-Bosse Erwin Hameseder (Wien-Niederösterreich), Markus Mair (Steiermark) und Heinrich Schaller (Oberösterreich) angehören. Eine Zusage Seveldas vorausgesetzt, dürften somit die Weichen inoffiziell gestellt sein. Die Zusammenkunft des 15-köpfigen RBI-Aufsichtsrats am 7. Juni soll die Beschlussfassung bringen.

Ein Notfallplan existiert trotzdem. Sollte der liberale Vorzeigebanker Sevelda jetzt oder in Zukunft vom Giebelkreuzweg abkommen, sind zwei RBI-Topbanker gesetzt: Finanzvorstand Martin Grill und Risikovorstand Johann Strobl. Beide sind 53 Jahre alt, waren früher im Topmanagement der Bank Austria und werden schon länger als Kronprinzen gehandelt.

Bei Stepics letztem Investoren-Rundruf am Dienstag saßen beide an seiner Seite. Auch die Einsetzung einer Doppelspitze wie etwa bei der Deutschen Bank, wo Anshu Jain und Jürgen Fitschen seit 2012 als Co-CEOs fungieren, ist denkbar. Die Investoren würden das akzeptieren, sie schätzen beide.

Unter Zugzwang. Wie der neue Boss auch heißt, Fakt ist: Dem Stepic-Nachfolger stehen harte Zeiten bevor. Die Lage der RBI-Gruppe - 136 Milliarden Euro Bilanzsumme; rund 60.000 Mitarbeiter - ist angespannt.

Faule Kredite in 13 Ländern belasten die Bilanz ebenso wie steigende Bankenabgaben in Österreich, Ungarn und der Slowakei. Der regulatorische Druck wächst. Das als "Basel III" bekannte Maßnahmenpaket des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, die neuen EU-Regeln zur Bankenunion sowie die strengere Finanzmarktaufsicht in Österreich zwingen zu Nachschüssen - und bringen nicht nur die RBI unter Zugzwang.

Ein neuer Kapital-Masterplan, der auf der HV beschlossen wird, muss die facettenreichen Probleme lösen. Sevelde und Co sollen alle Möglichkeiten haben, heißt es. Sogar der Einstieg eines zweiten Kernaktionärs ist nicht mehr völlig tabu. Dafür sollen bis zu zehn Prozent des Grundkapitals reserviert werden. Das geht aus den HV-Beschlussvorschlägen der RBI vom Mai 2013 hervor. Der Vorstand soll demnach die Möglichkeit haben, "strategische Investoren direkt und zügig ansprechen zu können".

Derzeit kontrolliert die Raiffeisen Zentralbank 78,5 Prozent der RBI-Aktien. Die ist im gegebenen Fall bereit, auf ihre Bezugsrechte zu verzichten und Anteile zu reduzieren. "Das sind nur Vorratsbeschlüsse", sagt RBI-Sprecher Michael Palzer. Konkrete Pläne könne er nicht bestätigen. Spekuliert wird trotzdem. So etwa wurde der spektakuläre Einstieg des russischen Oligarchen Oleg Deripaska beim Raiffeisen nahestehenden Bauriesen Strabag still vorbereitet und dann rasch durchgezogen.

Die Börsenmilliarden. "Künftige Kapitalanforderungen, die sich aufgrund neuer gesetzlicher oder sonstiger regulatorischer Regelungen oder Änderungen in der wirtschaftlichen Situation ergeben" (HV-Vorlage), zwingen die RBI regelrecht, sich mit Geld einzudecken. Über den Verkauf von bis zu 97,7 Millionen Aktien innerhalb von fünf Jahren - "allenfalls in mehreren Tranchen" - soll der Bedarf gedeckt werden. Aktuell wäre dieses Aktienpaket rund 2,5 Milliarden Euro wert. Für Raiffeisen ist das ein schlechter Preis. Ein Paketverkauf an einen strategischen Investor ist daher vorzuziehen.

Ein neues Wandelanleihenprogramm über zwei Milliarden Euro, das den Aktionären ebenfalls zur Abstimmung vorgelegt werden soll, geht in dieselbe Richtung. Die so genannten "Convertibles" können unter bestimmten Bedingungen in Aktien umgetauscht werden. Für RBI sind Wandelanleihen interessant, weil sie auch als Eigenkapital angerechnet werden dürfen - und davon braucht die Bank mittelfristig viel.

Zwar wirft das Ostgeschäft noch Profite ab, doch zu erhöhtem Risiko. Allein im ersten Quartal 2013 mussten 220 Millionen Euro für Kreditrisikovorsorgen zur Seite gelegt werden. "Großkundenfälle in der Konzernzentrale und in China", wie es im Quartalsbericht heißt, ließ die Neudotierungen von Einzelwertberichtigungen auf 194 Millionen Euro ansteigen.

Auch die Quote der Non-Performing-Loans liegt konzernweit bei besorgniserregenden 9,9 Prozent. Jeder zehnte Kredit gilt damit als faul. Die Konsequenz: Verglichen mit dem ersten Quartal 2012 verdiente RBI unterm Strich um 400 Millionen Euro weniger. Der Gewinn pro Aktie ist von 2,52 Euro (2012) auf 0,55 Euro im ersten Quartal 2013 gesunken.

Der "Sign-In-Bonus". Auch über den RBI-Corporate-Governance-Bericht 2012 könnten sich Aktionäre ärgern. So cashte der gesamte RBI-Vorstand im Vorjahr 13,8 Millionen Euro. 2011 waren es 9,6 Mio. Euro. Auffällig war die Großzügigkeit gegenüber Investmentbanking-Vorstand Klemens Breuer, der zum Amtsantritt im April 2012 "einen Sign-In-Bonus von 950.000 Euro" erhielt. Damit sollte der "Verlust von Pensionsansprüchen" gegenüber Ex-Arbeitgeber WestLB ausgeglichen werden.

Auch ein Kollege Breuers war betroffen: "Bei Martin Grüll ist ein Betrag von 173.338 Euro als sonstiger Bezug ausgewiesen, da eine ihm zustehende Zahlung 2011 fälschlicherweise unterblieben war."

Die Gagen von Herbert Stepic lassen ebenfalls staunen. Zwar kam der Star-Banker erst durch die "Offshore-Leaks"-Affäre rund um geheime Briefkastenfirmen zu Fall. Doch für seine Boni wurde er schon länger kritisiert. Im Jahr 2012 wären ihm wegen Cash-Zuteilungen aus dem RBI-Optionsprogramm rund fünf Millionen Euro zugestanden. Nach internen Protesten zahlte Stepic zwei Millionen Euro zurück. Im Krisenjahr 2008 erhielt er zwei Millionen Euro Bonus für einen Deal aus 2006, was intern auch Proteste auslöste.

Dieser Bonus wurde als Altersvorsorge umgebucht - und landete auf Stepics Pensionskonto. Dort wiederum waren bereits im Jahr 2006 zwei Millionen Euro Rentenbeitrag rückgestellt worden. Stepic hat stets betont, alles korrekt versteuert und nie "offshore" agiert zu haben. Der Hinweis ist wichtig. Denn die Geldflüsse interessieren jetzt nicht nur die HV, sondern auch das Finanzamt.

Neuer Investor

Mit "strategischen Investoren" will der Vorstand laut HV-Vorlage bald "zügig und direkt" Kontakt aufnehmen.

Frisches Kapital

Der Kapitalpolster soll binnen fünf Jahren mit bis zu zwei Milliarden Euro aufgefüllt werden. Zur Wahl stehen Wandelanleihen oder Aktien.

Faule Kredite

Das Volumen an notleidenden Krediten liegt bei 8,4 Milliarden Euro.

